

Der Dialog als Mutter aller Dinge

Von der Politik der Würde zur demokratischen Kulturbildung mit PSI-21

Heraklit wird der Satz zugeschrieben: „Der Krieg ist der Vater aller Dinge.“ In ihm liegt eine bittere Wahrheit über die Entstehung politischer Ordnungen. Grenzen, Staaten, Verwaltungen, Rechtsordnungen, Schulpflicht, Disziplinarsysteme, Bürokratien und nationale Identitäten sind historisch selten aus freiem Dialog entstanden. Sie entstanden aus Gewalt, Angst, Konkurrenz, Eroberung, Verteidigung, Mangelverwaltung und der nachträglichen Zähmung dieser Kräfte.

Eine moderne Demokratie kann das verdrängen. Sie kann sich erzählen, sie sei aus Vernunft, Freiheit und Menschenwürde geboren. Aber unter der Oberfläche ihrer Institutionen wirken ältere Muster: Kontrolle, Gehorsam, Sortierung, Beschämung, Reputationsschutz, Machtwahrung, Expertokratie und die stille Annahme, dass junge Menschen erst geformt werden müssen, bevor sie gesellschaftlich zählen.

Genau hier berührt PSI-21 den Kern einer Politik der Würde.

Avishai Margalit hat mit *Politik der Würde* den Blick von der ideal gerechten Gesellschaft auf die „anständige Gesellschaft“ gelenkt. Eine Gesellschaft ist für Margalit dann anständig, wenn ihre Institutionen Menschen nicht demütigen; Demütigung verletzt die Selbstachtung und ist deshalb politisch grundlegender als viele abstrakte Gerechtigkeitsfragen. ([Konrad-Adenauer-Stiftung](#)) Diese Perspektive ist für Jugendpolitik entscheidend. Denn Jugendliche werden selten offen gedemütigt, indem man ihnen sagt, sie seien wertlos. Die demütigende Erfahrung moderner Institutionen ist subtiler: Man fragt sie, ohne zu antworten. Man beteiligt sie, ohne Folgen zuzulassen. Man erklärt ihnen Demokratie, ohne ihnen demokratische Wirksamkeit zuzumuten. Man spricht über ihre Zukunft, während ihre Gegenwart als pädagogisches Vorfeld behandelt wird.

Das ist keine extreme Gewalt. Es ist institutionelle Kränkung im Normalbetrieb.

PSI-21 beginnt mit der Vermutung, dass genau diese Normalität nicht mehr tragfähig ist.

Das alte kulturelle Betriebssystem

Wenn Heraklits Satz die alte Welt beschreibt, dann müsste eine demokratische Kultur des 21. Jahrhunderts einen Gegensatz formulieren:

Der Dialog muss die Mutter der kommenden Dinge werden.

Das darf nicht sentimental verstanden werden. Dialog meint hier keine nette Gesprächsrunde, keine Bürgerdialogveranstaltung, keine Podiumsdiskussion mit anschließendem Applaus. Dialog meint eine verlässliche Struktur, in der Wahrnehmungen geordnet, Konflikte bearbeitet, Zuständigkeiten geklärt, Antworten dokumentiert und Erfahrungen in gemeinsames Lernen überführt werden.

Unsere gegenwärtige Kultur ist davon weit entfernt. Sie redet vom Dialog, organisiert aber häufig Ansprache. Sie redet von Beteiligung, meint aber oft Konsultation. Sie redet von Jugend, behandelt sie als Zielgruppe. Sie redet von Zukunft, bindet aber die Zukunftsträger kaum an reale Verantwortungsebenen.

Edward Bernays hat bereits 1928 in bemerkenswerter Offenheit formuliert, dass die bewusste und zielgerichtete Manipulation von Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften sei; Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken gesellschaftliche Abläufe. In einer späteren Passage beschreibt er, dass die Gesellschaft sich im freien Wettbewerb faktisch darauf eingelassen habe, über Propaganda und Meinungsmanagement gesteuert zu werden.

Das ist die alte Grammatik öffentlicher Meinungsbildung: steuern, filtern, vereinfachen, lenken, Zustimmung organisieren.

Im digitalen Zeitalter wird diese Grammatik nicht abgeschafft. Sie wird algorithmisch beschleunigt. Aus PR wird Plattformlogik. Aus Propaganda wird personalisierte Affektsteuerung. Aus Meinungsmanagement wird datengetriebene Aufmerksamkeitsoptimierung. Aus Bürgerinnen und Bürgern werden Profile. Aus Jugendlichen werden Nutzende, Zielgruppen, Risikomilieus, Engagementsegmente.

PSI-21 will diese Logik durchbrechen, indem es menschliche Massenkommunikation als kulturelles Lernen neu organisiert.

Die Zumutung für Entscheidungsträger

Der vielleicht schwierigste Gedanke lautet: Entscheidungsträger können PSI-21 anfangs kaum plausibel finden, weil ihr eigenes Kultur-Kontextverständnis aus einer anderen Welt stammt.

Das ist kein persönlicher Vorwurf. Politikerinnen, Verwaltungsleitungen, Bildungsakteure, Stiftungen, Träger und Medienmenschen wurden selbst in kulturelle Muster hineinsozialisiert, die aus früheren Problemlagen hervorgegangen sind. Wer in Systemen aufwächst, in denen Kontrolle, Zuständigkeit, Hierarchie, Absicherung, Ressortgrenzen und Reputationsschutz überlebenswichtig sind, empfindet offene, jugendgetragene, rückkopplungsfähige Kulturentwicklung schnell als zu weich, zu riskant oder zu unklar.

Dieter Claessens beschreibt in *Das Konkrete und das Abstrakte* eine zentrale Spannung moderner Gesellschaften: Die Abstraktionsleistungen der Moderne verlieren ihre unmittelbare emotionale Fundierung und greifen dann projektiv auf das emotionale Repertoire der Vergangenheit zurück; zugleich verkümmern synthetische Fähigkeiten, die sich im kommunikativen Weltverhältnis entfalten. Genau darin liegt eine politische Tragik: Komplexe Institutionen müssen abstrakt arbeiten, doch ihre emotionale Plausibilität stammt oft aus älteren, konkreteren Ordnungen — Familie, Horde, Nation, Gehorsam, Leistung, Sicherheit, Feindbild, Zuständigkeit, Befehlskette.

Deshalb wirken neue kulturelle Muster zunächst unplausibel. Nicht, weil sie falsch sind, sondern weil sie noch nicht in den Körpern, Routinen und Institutionen verankert sind.

Eine Politik der Würde muss diese Lücke ernst nehmen. Sie darf Entscheidungsträger nicht beschämen. Aber sie darf ihnen auch nicht erlauben, die Unplausibilität des Neuen mit dessen Unmöglichkeit zu verwechseln.

Gibt es ein kollektives kulturelles Unbewusstes?

Man kann von einem kollektiven kulturellen Unbewussten sprechen, wenn man darunter keinen mystischen Speicher versteht, sondern die Summe jener Erwartungen, Rollen, Reflexe, Tabus, Affekte und Plausibilitäten, die eine Gesellschaft weitergibt, ohne sie ständig auszusprechen.

Dieses Unbewusste zeigt sich in einfachen Sätzen:

„So läuft Politik nun einmal.“
„Jugendliche müssen erst lernen.“
„Schule darf nicht politisiert werden.“
„Verwaltung braucht klare Verfahren.“
„Beteiligung ist gut, solange sie realistisch bleibt.“
„Am Ende müssen Erwachsene entscheiden.“
„Das Internet ist gefährlich.“
„Zu viel Mitsprache überfordert.“

Solche Sätze sind selten völlig falsch. Gerade deshalb sind sie wirksam. Sie enthalten Erfahrung. Sie enthalten Schutzwissen. Sie enthalten historische Vorsicht. Aber sie halten auch alte Grenzen fest.

Das kulturelle Unbewusste kann angezapft werden: in Symbolen, Ritualen, nationalen Erzählungen, Schulformen, Amtslogiken, Krisenreaktionen, Medienbildern und Familienmustern. Es lässt sich analysieren, kritisieren und erinnern. Doch es entwickelt sich nicht automatisch konstruktiv weiter. Dafür braucht es Praxisformen, in denen eine Gesellschaft neue Erfahrungen machen kann.

PSI-21 wäre eine solche Praxisform.

Es würde nicht nur über Kultur sprechen. Es würde Kultur anders üben.

Die Würde der Jugend und die späte Abschaffung der Züchtigungslogik

Eine Gesellschaft, die sich als demokratisch und menschenwürdig versteht, muss sich daran erinnern, wie spät sie junge Menschen tatsächlich als Träger eigener Würde anerkannt hat. In Deutschland wurde das Recht auf gewaltfreie Erziehung erst im Jahr 2000 ausdrücklich im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert; zuvor hatte das BGB historisch noch mit „angemessenen Zuchtmitteln“ und später mit weniger klaren Formeln gearbeitet. (bpb.de) Der Gesetzestext von 2000 formulierte: Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung; körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig. ([BKE](#))

Das ist erst eine Generation her.

Die rechtliche Ächtung körperlicher Gewalt war ein zivilisatorischer Fortschritt. Doch die Abschaffung der Prügelstrafe beendet nicht automatisch die kulturelle Grammatik der Unterordnung. Eine Gesellschaft kann den Stock weglegen und dennoch an pädagogischer Entwertung, symbolischer Beteiligung, Beschämung und Antwortverweigerung festhalten.

Margalits Politik der Würde zwingt hier zu einer schärferen Frage: Sind Institutionen gegenüber Jugendlichen anständig, wenn sie ihnen Mitsprache versprechen, aber keine Antwort schulden?

Werden Jugendliche als volle Menschen behandelt, wenn ihre Wahrnehmungen nur als Lernmaterial gelten, während Erwachsene die reale Wirklichkeit unter sich verhandeln?

PSI-21 antwortet: Eine Demokratie, die ihre Jugend achtet, muss Antwortfähigkeit organisieren.

Entwicklungsfenster und gesellschaftliche Kompensation

In der Neurobiologie und Entwicklungspsychologie ist bekannt, dass menschliche Entwicklung sensible Phasen kennt. Nicht alle sind starr oder unumkehrbar. Viele lassen Kompensation zu, aber fast immer gilt: Je später ein grundlegendes Entwicklungsfenster verpasst wurde, desto aufwendiger wird der Ausgleich.

Beim Sehen kann frühe fehlende Stimulation zu dauerhaften Einschränkungen führen; therapeutische Interventionen wie Okklusion oder sensorische Umorganisation können helfen, aber sie brauchen Zeitfenster und Übung. Beim Spracherwerb ist früher Input entscheidend; fehlen Hör- oder Sprachumgebungen, können Cochlea-Implantate, Gebärdensprache oder später bewusstes Lernen kompensieren, allerdings mit anderen Wegen und höherem Aufwand. Motorische Entwicklung lässt sich durch Physio- und Ergotherapie, neue Routinen und neuronale Umwege unterstützen. Bindungserfahrungen können durch korrigierende Beziehungen, Therapie und stabile Umwelten teilweise neu aufgebaut werden. Exekutive Funktionen in der Adoleszenz können durch Routinen, Umweltstrukturierung, Training, Therapie und soziale Unterstützung gefestigt werden.

Der gemeinsame Punkt lautet: Entwicklung braucht passende Umwelten. Wo sie fehlen, braucht es Kompensation. Wo Kompensation fehlt, sedimentieren Defizite.

PSI-21 überträgt diesen Gedanken auf Demokratie.

Die Jugendphase ist kein bloßes Vorzimmer des Wahlalters. Sie ist ein sensibles Fenster für Selbstwirksamkeit, Zugehörigkeit, Konfliktfähigkeit, Affektregulation, Weltvertrauen und institutionelle Erwartung. Der frühere PSI-21-Text formulierte bereits 2013, dass es den Mut brauche, PSI-21 als anerkennende Übergangspraxis für Jugendliche für fünf Jahre zu testen, statt weitere theoretische Begründungen anzuhäufen. In demselben Text wird der Anspruch sichtbar, 100 Prozent einer Schülerjahrgangskohorte anzusprechen und ihnen einen gesellschaftlichen Auftrag zu geben, lernend auf Gesellschaft einzuwirken.

Wenn eine Gesellschaft Jugendlichen in dieser Phase keine reale demokratische Selbstwirksamkeit bietet, entsteht ein demokratisches Entwicklungsdefizit. Dieses Defizit verschwindet nicht mit dem 18. Geburtstag. Es zeigt sich später als Misstrauen, Politikverdrossenheit, Zynismus, Rückzug, Empörbarkeit, Anfälligkeit für autoritäre Angebote oder als Bedürfnis nach starken Vereinfachern.

PSI-21 wäre eine gesellschaftliche Kompensationsstruktur für verpasste demokratische Erfahrung.

Noch wichtiger: Es wäre eine Präventionsstruktur, damit diese Erfahrung gar nicht erst fehlt.

Warum politische Bildung Kultur mitbilden muss

Politische Bildung kann Wissen vermitteln, Debatten ermöglichen und Urteilskraft stärken. Das bleibt notwendig. Aber sie greift zu kurz, wenn sie die kulturelle Form ausspart, in der Lernen geschieht. Hölzel und Jugel zeigen, dass politische Bildung nicht durch eine einfache Trennung von sachlicher Kognition und störender Emotion verstanden werden kann; politische Themen werden von Jugendlichen auch als Risiko für Freundschaften, Zugehörigkeit und sozialen Frieden erlebt.

Eine Demokratie kann deshalb nicht erwarten, dass Jugendliche Konfliktfähigkeit allein durch Unterricht erwerben. Sie müssen Konflikte so erleben, dass der gemeinsame Raum nicht zerbricht. Sie müssen erfahren, wie aus Affekt Frage wird, aus Frage Zuständigkeit, aus Zuständigkeit Antwort, aus Antwort Lernen.

Etzioni formuliert in seiner kommunitaristischen Perspektive, dass Schule nicht nur Wissen und Fähigkeiten vermitteln soll; Werterziehung und Charakterbildung brauchen organisierte Erfahrungen. Genau hier liegt die Schnittstelle: Werte werden stabil, wenn sie erfahren werden. Würde wird stabil, wenn Institutionen sie praktizieren. Dialog wird stabil, wenn er Verfahren bekommt.

Dazu: Carl Polonyi: Dialog nach David Bohm und Erfahrungen im Umgang mit Störungen

https://youtube.com/watch?v=Ozk3tS0mPy8&is=C8f_HmKtPjeUPBnV

Zukunftswerkstätten haben diese Richtung früh gezeigt. Der Band *Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht* beschreibt die Methode als Ansatz zur Verknüpfung von ökonomischem, ökologischem und politischem Lernen und fragt ausdrücklich nach ihrer gesellschaftlichen Dimension als Instrument zur Erneuerung der Demokratie. PSI-21 knüpft daran an, erweitert aber den Rahmen: Die Zukunftswerkstatt öffnet Vorstellungsräume; PSI-21 ergänzt Antwortwege, Zuständigkeit und dauerhafte Rückkopplung.

PSI-21 als demokratischer Real-Commons

Auf der aktuellen PSI-21-Webseite wird das Konsortium als gemeinsamer Standard für demokratische Jugendbeteiligung, Schule, BNE und digitale Rückkopplung beschrieben. Schulen, Träger, Kommunen, Jugendhilfe, politische Bildung, Wissenschaft und digitale Infrastruktur sollen verbunden werden, damit Jugendbeteiligung nicht in Einzelprojekten versandet, sondern sichtbar, vergleichbar, inklusiv und antwortfähig wird. (psi-21.info)

Das ist der Kern.

PSI-21 ist kein Beteiligungsformat unter anderen. Es ist die Idee einer demokratischen Rückkopplungsinfrastruktur. Schule bildet den Kohortenraum. Politische Bildung sichert Prozessqualität. Kommunen, Länder, Bund und perspektivisch Europa bilden Antwort- und Verantwortungsebenen. Das Internet dokumentiert, ordnet, verbindet und macht Antworten nachvollziehbar.

Die Formel lautet:

Wahrnehmung → gemeinsame Prüfung → institutionelle Antwort → öffentliche Rückkopplung → erneuerte Praxis.

Diese Formel ersetzt nicht parlamentarische Demokratie. Sie ergänzt sie an jener Stelle, an der demokratische Kultur entsteht: in der Erfahrung, dass eigene Wahrnehmungen öffentlich Bedeutung gewinnen können.

Die erste Umsetzungsfrage: Wie müssen digitale Werkzeuge beschaffen sein?

Digitale Werkzeuge für PSI-21 dürfen keine sozialen Medien mit demokratischem Anstrich werden. Die Versuchung wäre groß: Profile, Likes, Rankings, Reichweite, virale Sichtbarkeit, schnelle Reaktionen. Genau diese Logik hat die demokratische Öffentlichkeit bereits beschädigt.

Die digitale Infrastruktur von PSI-21 muss anderen Prinzipien folgen:

Sie dokumentiert statt zu verführen.

Sie ordnet statt zu beschleunigen.

Sie begründet statt zu bewerten.

Sie schützt statt auszustellen.

Sie macht Zuständigkeit sichtbar statt Empörung messbar.

Sie nutzt KI als Assistenz, nicht als Gegenüber.

KI kann helfen, Beiträge zu bündeln, Themen zu clustern, Argumente zu kartieren, Sprachen zu übersetzen, Zuständigkeiten vorzuschlagen, Beteiligungsbarrieren zu senken und Antwortverläufe nachvollziehbar zu machen. Die politische Antwort selbst bleibt menschlich und institutionell verantwortet.

Das ist entscheidend. Eine KI kann simulieren, dass sie zuhört. Eine Demokratie muss zeigen, dass sie sich binden lässt.

Das digitale PSI-21-Werkzeug wäre deshalb ein öffentliches Gedächtnis demokratischen Lernens: Was wurde gefragt? Wer war zuständig? Welche Antwort wurde gegeben? Was wurde umgesetzt? Was blieb offen? Welche Kohorte arbeitet weiter?

Im Katastrophenfall könnte dieselbe Struktur zur resilienten Kommunikationsarchitektur werden. Eine Gesellschaft braucht dann nicht nur Warn-Apps. Sie braucht geübte Vertrauenswege zwischen Jugendlichen, Schulen, Familien, Kommunen, Jugendhilfe und Verwaltung. PSI-21 würde diese Wege nicht erst im Ernstfall improvisieren.

Die zweite Umsetzungsfrage: Welche Rolle spielen Lehrkräfte und Erwachsene?

Erwachsene sind im PSI-21-Prozess keine Statisten. Sie erhalten eine anspruchsvollere Rolle.

Die alte Erwachsenenrolle lautete: wissen, erklären, prüfen, bewerten, kontrollieren, zulassen. Die neue Rolle verlangt: schützen, übersetzen, moderieren, begrenzen, antworten, Ressourcen öffnen, Verantwortung sichtbar machen.

Lehrkräfte und Begleitende werden zu Rahmenschützern. Sie sorgen dafür, dass Konflikte kontrovers bleiben, ohne zu entgleisen. Sie helfen, aus Betroffenheit eine bearbeitbare Frage zu machen. Sie achten darauf, dass Jugendliche weder überwältigt noch beschämt werden. Sie schützen Minderheitenperspektiven. Sie halten den Raum offen, wenn Erwachsene selbst ungeduldig werden.

Auch Politik und Verwaltung müssen ihre Rolle neu lernen. Sie verlieren nicht ihre Entscheidungsbefugnis. Aber sie verlieren die Möglichkeit, jugendliche Wahrnehmungen folgenlos zu konsumieren. Auch ein Nein bleibt möglich. Doch ein Nein muss begründet werden.

Für Stiftungen entsteht ebenfalls eine neue Rolle. Sie fördern nicht bloß Zielgruppen. Sie ermöglichen Strukturen, in denen Jugendliche nicht dauerhaft Zielgruppe bleiben müssen.

Das ist eine würdepolitische Verschiebung. Erwachsene müssen nicht weniger Verantwortung tragen. Sie müssen Verantwortung sichtbarer und antwortfähiger tragen.

Die dritte Umsetzungsfrage: Kann PSI-21 kollektive Verletzungen bearbeiten?

Der Begriff „zivilisatorisches Stockholm-Syndrom“ sollte als Bild verstanden werden, nicht als klinische Diagnose. Er beschreibt eine kulturelle Versuchung: Gesellschaften gewöhnen sich an Schutzmuster, die aus Verletzungen entstanden sind. Kontrolle wirkt dann vernünftig, weil Unsicherheit lange gefährlich war. Hierarchie wirkt stabil, weil Gleichrangigkeit ungeübt ist. Konkurrenz wirkt realistisch, weil Kooperation als naiv gilt. Jugendliche werden vorsichtig behandelt, weil man ihnen Verantwortung nicht zutraut — und gerade dadurch lernen sie Verantwortung zu spät.

PSI-21 kann solche Muster nicht therapieren. Es kann aber korrigierende demokratische Erfahrungen schaffen.

Man stelle sich eine strukturschwache Region vor: Deindustrialisierung, Abwanderung, Misstrauen, Zukunftsangst, politische Müdigkeit. Jugendliche erleben ihre Heimat als Ort, über den entschieden wurde. Sie kennen die stillen Sätze: „Hier passiert sowieso nichts.“ „Die da oben machen, was sie wollen.“ „Wer kann, geht weg.“

Ein PSI-21-Prozess würde diese Sätze nicht wegmoderieren. Er würde sie als Wahrnehmung ernst nehmen.

Jugendliche sammeln Erfahrungen: leerstehende Gebäude, schlechte Mobilität, fehlende Treffpunkte, Hitze, schlechte Netze, Angst vor Abstieg, fehlende Ausbildungsperspektiven. Sie prüfen Daten, sprechen mit Verwaltung, Betrieben, Vereinen, älteren Menschen, Geflüchteten, Handwerk, Umweltgruppen. Sie formulieren eine Frage: Was braucht diese Region, damit junge Menschen bleiben oder zurückkehren wollen?

Dann entsteht ein Vorschlag: eine Industriebrache als Energie-, Lern- und Kulturort; Werkstätten, Jugendredaktion, Solardach, Repair-Café, Proberäume, Krisentreffpunkt, digitale Lernstation, Beteiligungsbudget. Die Kommune muss antworten: Was geht? Wer ist zuständig? Welche Mittel gibt es? Was scheitert woran? Welche Pilotmaßnahme kann beginnen?

Wenn daraus auch nur ein erster sichtbarer Schritt entsteht, verändert sich mehr als ein Gebäude. Es verändert sich die innere Grammatik: Heimat ist nicht nur etwas, das erduldet wird. Politik ist nicht nur etwas, das passiert. Kultur ist gestaltbar.

Solche Erfahrungen ersetzen keine Strukturpolitik. Aber sie können eine Region aus dem Gefühl der reinen Ohnmacht lösen. Würde entsteht dort, wo Menschen sich nicht als verwaltete Objekte erleben.

Politik der Würde heißt Antwortpflicht

Margalits Gedanke der anständigen Gesellschaft macht PSI-21 besonders dringlich. Institutionen demütigen nicht nur durch rohe Gewalt. Sie demütigen auch, wenn sie Menschen als bloße Fälle, Zielgruppen, Störungen oder pädagogische Objekte behandeln. Jugendliche erfahren Demütigung dort, wo sie in Zukunftsreden vorkommen, aber in Entscheidungswegen fehlen.

PSI-21 übersetzt Würde in ein Verfahren:

Die Wahrnehmung junger Menschen wird nicht romantisiert.

Sie wird geprüft.

Sie wird öffentlich.

Sie wird adressiert.

Sie erhält Antwort.

Sie wird zum Bestandteil gemeinsamer Wirklichkeitsbildung.

Das ist eine Politik der Würde für die Jugendphase.

Mehr Demokratie wagen — jetzt erst recht

„Mehr Demokratie wagen“ war einmal ein Versprechen auf Beteiligung, Öffnung und gesellschaftliche Modernisierung. Heute muss dieser Satz tiefer verstanden werden. Mehr Demokratie heißt nicht nur mehr Anhörungen, mehr Beteiligungsportale, mehr Jugendkonferenzen. Mehr Demokratie heißt: mehr Antwort wagen.

Die gegenwärtigen Krisen — Klima, KI, Krieg, Migration, Einsamkeit, Vertrauensverlust, Verhörung, Desinformation — lassen sich nicht mit den kulturellen Mustern bewältigen, die sie mit hervorgebracht haben. Das Anthropozän selbst stellt die Frage, ob der Mensch wirklich so weise ist, wie seine Selbstbezeichnung als Homo sapiens sapiens nahelegt; die Debatte entsteht aus dem Erschrecken darüber, dass planetarische Grenzen überschritten werden oder gefährlich nahe sind.

Wer in dieser Lage Jugend nur vorbereitet, handelt zu klein. Wer sie nur schützt, handelt zu spät. Wer sie nur beteiligt, handelt halb.

Eine Gesellschaft, die überleben und dabei anständig bleiben will, muss ihre Lernfähigkeit vergrößern. Sie braucht Strukturen, in denen das kulturelle Unbewusste nicht nur wiederholt, sondern bearbeitet wird. Sie braucht Entwicklungsräume, in denen neue Muster nicht als naive Forderungen erscheinen, sondern als geübte Praxis. Sie braucht Erwachsene, die ihre Würde nicht aus Kontrolle beziehen, sondern aus Antwortfähigkeit. Sie braucht Jugendliche, denen genügend Vertrauen entgeggebracht wird, um Verantwortung zu lernen.

PSI-21 ist kein Heilsversprechen. Es ist eine handelbare Zumutung. Ein fünfjähriger Test wäre kein revolutionärer Bruch, sondern ein würdevoller Anfang.

Vielleicht war der Krieg lange der Vater vieler Dinge.

Eine anständige Demokratie des 21. Jahrhunderts sollte den Dialog zur Mutter ihrer Zukunft machen.

Das lebendige Beispiel: Luca Piwodda, ehrenamtlicher Bürgermeister von Gartz (Oder)

<https://www.rbb24.de/panorama/av/av24/video-uckermark-gartz-oder-buergermeister-piwodda-politik.html>

Mit 24 Jahren ist Luca Piwodda neuer Bürgermeister von Gartz und will frischen Schwung in die Gemeinde bringen. Nach einem erfolgreichen Studium und erster Berufserfahrung übernahm er 2024 das Ehrenamt im Rathaus.